

Protokoll: Aktion Butterbrot Treffen am 4.7.2008

- TOPs:**
- 1. Rentenversicherung**
 - 2. Handlungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Träger**
 - 3. Recherchen und Aufträge bis zum nächsten Treffen**

Anwesende: Alexandrina (IB, VHS Landshut), Reza (Innere Mission und Klartext), Valentina (?), Ligia (IB), Miriam (Initiativgruppe), Birgit (IB) Pravu (Klartext), Gundula, Katja, Anja, Uwe (Initiativgruppe)

zu 1: Rentenversicherungspflicht

Nachdem schon beim letzten Treffen am 7.3. die Rentenversicherungspflicht und aus ihr resultierende Risiken für uns Lehrkräfte Thema waren, berichten diesmal die am 7.3. nicht Anwesenden über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet. Einige Lehrkräfte sind befreit und haben hier nichts mehr zu befürchten. Eine Lehrkraft ist in der Künstlersozialkasse (KSK), wobei dies allerdings aufgrund der Verschiebung der Einkünfte in Richtung Lehrtätigkeit immer schwieriger wird. Auch soll es Bestrebungen geben, die KSK in dieser Form abzuschaffen. Insgesamt ist der Bereich Rentenversicherung für uns Lehrkräfte sehr bedrohlich, es gibt Berichte über Nachforderungen im 5-stelligen Eurobereich, der existenzgefährdend ist.

Beim Internationalen Bund sind nun ab Juli Arbeitsverhältnisse auf 15 Wochenstunden reduziert worden, um sich gegen mögliche Klagen wegen Scheinselbstständigkeit und einer daraus folgenden Regresspflichtigkeit des Trägers zu schützen. Hierfür gab es offensichtlich keine Vorwarnung, und die Betroffenen sind nun mit einem ganz plötzlichen Einkommensverlust konfrontiert.

zu 2: Handlungsmöglichkeiten für uns Lehrer

Reza weist darauf hin, dass wir uns ernsthaft überlegen müssen, was wir über die in den letzten Jahren beschrittenen Wege tun können, um eine Veränderung unserer Situation zu erreichen. Er erwähnt den Text von Uwe, in dem es um die Verantwortung auch der Lehrkräfte und der Träger geht und wo Handlungsmöglichkeiten vorgeschlagen werden. Uwe fasst diesen Text nochmals zusammen: Indem Lehrkräfte unter den derzeitigen Bedingungen arbeiten, gehen eine Verantwortung dafür ein, dass bundesweite Sprachförderung mit diesen völlig unzureichenden Mitteln durchgeführt werden kann. Ohne diese Zusammenarbeit wäre die Bundesregierung gezwungen, hier massive Änderungen vorzunehmen. Wichtig wäre es deshalb, dass die Lehrkräfte zum Einen sehr deutlich und dauerhaft gegenüber ihrem Träger sowie dem BAMF und der BR zum Ausdruck bringen, dass diese Arbeitsbedingungen äußerst ungerecht und entwürdigend sind, weil sie uns von grundlegenden sozialen und gesellschaftlichen Standards (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und im Urlaub, anteilige Rentenversicherung, Anspruch auf Arbeitslosengeld I etc.) sowie der vollen Teilhabe in unseren Trägern ausschließen. Da bisherige Versuche des Dialogs keine ausreichende Wirkungen hatten, müsste auch über Aktionen wie Streiks und andere Formen des gewaltlosen Widerstand nachgedacht werden.

Die gleiche Verantwortung haben auch die Träger, die durch ihre Bereitschaft der Zusammenarbeit mit dem BAMF dieses ungerechte System erst ermöglichen, und parallel dazu wesentlich von unserer Arbeit profitieren. Die Träger könnten und müssten ihre Verantwortung so wahrnehmen, dass sie einerseits die derzeitige unhaltbare Situation für die Lehrkräfte entschärft, indem sie die Lasten innerhalb des Träger gerechter verteilt (Einrichten

eines Fonds zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, freiwillige Transferzahlungen in einen solchen Fonds etc.). Außerdem wären sie aufgefordert, massiv und dauerhaft auf allen Ebenen auf diese Missstände hinzuweisen und hier Verbesserungen einzufordern. Dies erfolgt nach einhelliger Meinung der Anwesenden viel zu wenig. Hier haben auch wir Lehrkräfte einen wesentlichen Anteil daran, wenn wir den Trägern nicht noch deutlicher zu verstehen geben, dass wir so nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten wollen.

Es besteht Einigkeit, dass diese Verantwortung von Lehrern und Trägern existiert und daraus Aktionen abgeleitet werden können. Unterschiedliche Einschätzungen gibt es über die Risiken, bzw., inwieweit man z.B. das Risiko eines Streiks und damit verbundene Konsequenzen zu tragen bereit ist. Ein Teil der Anwesenden betont, dass sie ihre Arbeit dringend brauchen, und ein solches Risiko sehr hoch sei. Andere weisen darauf hin, dass ohne Risiko keine Veränderung möglich sein wird. Auch ist es durchaus möglich, dass Risiken geringer wären, wenn die Angst davor bei uns sinkt und wenn wir vor allem Reaktionsmöglichkeiten in der Tasche haben, falls z.B. ein Lehrer keine Kurse mehr bekommt. Hier könnten Kollegen z.B. Sitzstreiks vor dem Träger organisieren, bei denen auch Kursteilnehmer über die aktuelle Situation informiert werden. Wichtig ist auch eine Streikkasse, bei der Gehaltsausfälle zum Teil aufgefangen werden können.

Auf jeden Fall können wir mit der Unterstützung der Gewerkschaften. Einige der Anwesenden sind Mitglied bei der GEW und die GEW hat schon viele Aktionen mit unterstützt und getragen (auch finanziell – Fahrtkosten). Auch ver.di war auf diesem Gebiet schon aktiv und sollte mit eingebunden werden (Uwe hat schon Kontakte geknüpft).

zu 3: weiteres Vorgehen:

Wir sind uns einig, dass die angesprochenen Sachverhalte und die darüber empfundene Empörung oder Niedergeschlagenheit in klare Arbeitsaufträge münden müssen, um mögliche Aktionen vorzubereiten. Deshalb übernehmen verschiedene Anwesende Aufträge, die bis zum nächsten Treffen am 18. Juli recherchiert werden sollen:

Ligia:

Sie sucht nach Informationen des Versorgungswerks der Anwälte.

Reza:

Er wird mit seinem Träger darüber sprechen, ob und wie dieser einen gemeinsamen Weg zur Veränderungen der Situation der Lehrer mitgeht.

Alexandrina:

Wie kann unser Status als Lehrer verbessert werden, was z.B. die Berufsbezeichnung angeht (Integrationslehrer statt Honorarlehrkraft etc.)

Uwe:

Er kümmert sich darum, welche Möglichkeiten es gibt, eine Streikkasse zu organisieren und wie generell ein solcher Streik abgedeckt werden könnte.

Miriam u Birgit:

Kontakt mit BR wegen Öffentlichkeit.

Das nächste Treffen findet in 14 Tagen am 18. Juli um 18 Uhr im DGB Haus statt.

Bis dahin alles Gute und viele Grüße,

Uwe Glas, 7.7.2008

Nachtrag: einen Tag nach unserem Treffen hatte Miriam ein Gespräch mit Peter Weiss (GEW Bayern) über ein mögliches, zumindest bayernweites (natürlich wird bundesweit eingeladen), großes Treffen im Herbst, wo mögliche Vorgehensweisen erarbeitet werden sollen.

Der bundesweit verschickte Text von Uwe Glas hat eine Lawine von Reaktionen ausgelöst und wir haben berechtigten Grund zu der Annahme, dass die Stimmung, der Wille, etwas zu unternehmen, wächst, Es gibt ganz offensichtlich immer mehr KollegInnen, die bereit sind etwas zu tun.

(Miriam Herrmann) München, 8.7.08